



DKG-Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß

Probleme lösen statt verwalten

Die jüngsten Landtagswahlen sollten niemanden unberührt lassen. Parteien an den politischen Rändern haben erheblich an Zustimmung gewonnen, traditionelle Parteien teilweise deutlich verloren. Links wie rechts ist eine politische Mobilisierung zu beobachten, die weit über einzelne Kandidaten, regionale Besonderheiten oder kurzfristige Stimmungen hinausweist.

Dahinter steht eine grundsätzliche Frage: Vertrauen die Menschen noch darauf, dass Politik und Staat die großen Probleme unseres Landes lösen können? Wirtschaftliche Stagnation, steigende Sozialabgaben, Migration, Wohnungsnot, eine alternde Gesellschaft und die Sorge um eine verlässliche soziale Infrastruktur prägen die öffentliche Debatte. Gleichzeitig erleben die Menschen einen Staat, der immer mehr regelt und kontrolliert – und trotzdem bei zentralen Aufgaben häufig nicht die erwarteten Ergebnisse liefert.

Die Wahlergebnisse sind deshalb auch ein Signal an die politische Mitte: Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch immer neue Ankündigungen und Programme. Sie entsteht durch sichtbare Problemlösung. Genau das gilt auch für unseren Sozialstaat und das Gesundheitswesen. Wir haben über viele Jahre auf neue Probleme vor allem mit neuen Vorschriften reagiert. Für nahezu jedes tatsächliche oder vermeintliche Risiko entstand eine neue Regel, für jede Regel ein Nachweis und für jeden Nachweis eine Kontrolle. Im Gesundheitswesen erleben wir die Folgen jeden Tag. Ärztinnen und Ärzte verbringen durchschnittlich 2,9 Stunden, Pflegekräfte 2,7 Stunden ihres Arbeitstages mit Dokumentations- und Nachweispflichten. Rechnerisch bindet das die Arbeitsleistung von rund 176 000 Vollkräften.

Dabei wird der demografische Wandel diese Situation weiter verschärfen. Weniger Menschen im Erwerbsalter müssen künftig eine wachsende Zahl älterer und chronisch kranker Menschen versorgen. Im Gesundheitswesen trifft uns die Demografie doppelt: Das Angebot an Fachkräften sinkt, während der Versorgungsbedarf steigt.

Die Antwort darauf kann nicht lauten, immer neue Personalvorgaben, Dokumentationspflichten und Kontrollmechanismen zu schaffen. Personal, das nicht vorhanden ist, lässt sich nicht

per Gesetz verordnen. Und Arbeitszeit, die wir für Bürokratie verschwenden, fehlt für die Versorgung.

Wir müssen deshalb das Verwalten der Probleme beenden.

Das bedeutet nicht weniger Staat. Es bedeutet einen anderen Staat: einen Staat, der klare Ziele setzt, Sicherheit gewährleistet und Ergebnisse kontrolliert, aber nicht jeden einzelnen Weg zum Ziel vorschreibt. Einen Staat, der den Menschen und Institutionen, die Verantwortung tragen, auch Gestaltungsspielräume gibt.

Das ist auch eine soziale Frage. Unser Sozialstaat kann seine Versprechen nur erfüllen, wenn unsere Volkswirtschaft leistungsfähig ist und wir die knapper werdende Arbeitskraft produktiver einsetzen. Jede Stunde, die eine Pflegekraft unnötig dokumentiert, fehlt am Patientenbett. Jede Investition, die in Genehmigungsverfahren feststeckt, fehlt bei Wachstum und Innovation. Jede Reform, die neue Bürokratie produziert, ohne Versorgung tatsächlich zu verbessern, schwächt am Ende auch das Vertrauen in staatliches Handeln.

Gerade deshalb sollten uns die jüngsten Wahlergebnisse beschäftigen. Wenn ein erheblicher Teil der Bevölkerung ihre politische Heimat außerhalb der traditionellen Mitte suchen, reicht es nicht, über bessere Kommunikation nachzudenken. Entscheidend ist, ob der demokratische Staat seine Fähigkeit zur Problemlösung überzeugend unter Beweis stellt.

Für die Gesundheitspolitik bedeutet das: Versorgung sichern, die Krankenhäuser wirtschaftlich stabilisieren, überflüssige Regulierung konsequent abbauen und Qualität stärker an den tatsächlichen Behandlungsergebnissen messen. Nicht weniger Verantwortung, sondern mehr Verantwortung dort, wo Versorgung stattfindet. Nicht mehr Regeln, sondern bessere Ergebnisse.

Deutschland hat lange genug versucht, seine Probleme mit immer neuen Vorschriften zu verwalten. Die politische Mitte muss zeigen, dass sie mehr kann. Es ist Zeit für das Ende der Problemverwaltung.